

Kreistagsrede "Müllgebühren"

von Amelie Pfeiffer aus der Kreistagssitzung am 06. Dezember 2021

Sehr geehrter Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Restmüll muss vermieden werden, er schädigt das Klima, kostet viel Geld in der Entsorgung, daher ist klar, Restmüllproduzieren muss teuer sein!

Trotzdem lehnen wir die geplante Gebührenerhöhung im Rahmen der Satzungsänderung für 2022 ab. Andrea Schulz und ich haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht, uns mit der Fraktion intensiv damit beschäftigt, mehrfachen email Austausch sowie ein Gespräch mit Dr. Ginter geführt.

Das Defizit ist ja nicht plötzlich vom Himmel gefallen, wir wussten im Verwaltungsrat schon lange davon, es herrschte eine Übereinkunft, dass wir im Rahmen der geplanten Klausurtagung zur AWN und KWIN ausgiebig mit dem gesamten Kreistag darüber diskutieren, wie unser Abfallsystem zukünftig aussehen wird, zum Einen was das Leistungsangebot, aber auch das Gebührensystem angeht.

Und da sind wir beim **ersten Kritikpunkt** an der heutigen Beschlussempfehlung. Aufgeschreckt durch den Rechnungsprüfungsbericht im September im Aufsichtsrat und der Empfehlung, man möge doch rechtzeitig das Defizit abbauen, da das ja in einer AÖR innerhalb von 5 Jahren zu geschehen hat, wurde uns bereits in der Oktober Sitzung eine neue Gebührenkalkulation vorgelegt. Das auszugleichende Defizit stammt aus der Vergangenheit, momentan ist die Situation relativ stabil, durch die größere Aufbereitungsmenge im Biomassezentrum und der regionalen Vermarktung von Grüngutfraktionen können Planzahlen erreicht werden, auch wenn die Erlösseite weiter vorangetrieben werden kann. Die Wertstoffpreise, inkl. Papier stabilisieren sich derzeit, Papier wird sogar gerade knapp. Meiner Meinung nach hätten wir das Risiko, erst nach einer Klausur zu entscheiden daher eingehen können.

Meine Damen und Herren, das ist für uns kein nachhaltiges, vorausschauendes und sorgfältiges Handeln! In der Kürze zu reagieren hat uns jeglichen Handlungs- und

Entscheidungsspielraum genommen! Und ja, den hätte es gegeben, wenn wir uns frühzeitig damit beschäftigt hätten.

Bereits vor 2 Jahren hat Dr. Ginter angekündigt, dass die Anzahl der Restmüllleerungen, zunächst 26 mal im Jahr, die eingepreist sind, zukünftig zu reduzieren seien. Damit könnten Kosten eingespart werden und Müllvermeidung angeregt werden. Darüber müsse aber eine kommunalpolitische Diskussion entscheiden. Doch leider ist diese ausgeblieben. Der einfachste Weg ist eben, die Bürgerinnen und Bürger in die Pflicht zu nehmen!

Für 2022 kommt jetzt die Diskussion über Einsparungen an Leerungen zu spät, die Vorbereitungen und Planungen für das nächste Jahr stehen bereits. Wenn man mal über den Tellerrand schaut, nämlich nur mal auf unsere Nachbarlandkreise Main-Tauber und Hohenlohe, darf ich Ihnen verraten, dass dort im Rahmen der regulären Müllgebühr die Restmülltonnen grundsätzlich nur alle 4 Wochen abgeholt werden! Wer mehr Restmüll produziert, kann die Tonnen öfters rausstellen, muss dann aber extra zahlen. Eine Option, die durchaus auch bei uns denkbar wäre, denn digitalisiert sind unsere Tonnen ja auch längst. In unserem Austausch mit Dr. Ginter wurden durchaus gangbare Wege erörtert, die zu erheblichen Einsparungen führen könnten, doch zeitlich nicht mehr umsetzbar sind!

Bereits in den Sitzungen Anfang des Jahres hätten wir uns damit beschäftigen müssen, dann wäre eine echte Diskussion und eine Entscheidung zwischen unterschiedlichen Szenarien noch möglich gewesen.

Und damit komme ich **zum 2. Kritikpunkt**, warum wir die vorgelegte Gebührenerhöhung in dieser Form ablehnen:

Erneut wurde darin kein wirklicher Mechanismus zur Müllvermeidung installiert, außer dass kleinere Tonnen zwar weniger kosten als größere Tonnen, doch es gibt keinen wirklicher Anreiz, weniger Müll zu produzieren. Bereits vor zwei Jahren hatte ich vorgeschlagen, die Anzahl Leerungen flexibel zu gestalten, so dass nur die Leerungen berechnet werden, mit unseren digital erfassbaren Tonnen durchaus möglich. Andere

Landkreise bieten ihren Bürgerinnen das seit Jahren bereits an. Wer also Müll spart, könnte seine Tonne nur alle 4-6 Wochen rausstellen und damit einen Beitrag leisten, dass weniger Restmüll anfällt und gleichzeitig Geld sparen. Genau das erwarten wir doch von unseren Bürgerinnen und Bürgern, wenn ich in der Vorlage lese, die Gebühren müssen jetzt erhöht werden, denn die Bürgerinnen und Bürger hätten zu viel Restmüll produziert. Von Seiten der KWIN gab es dafür aber auch **strategische Fehler**, erstens keinen Anreiz zum Müll reduzieren, zweitens die Verdoppelung des gesamten Müllvolumens, das nachweislich eben auch gefüllt wird. Über dieses überaus umfangreiche Leistungsangebot **hätten wir dringend bereits diskutieren** müssen!

Lassen Sie es mich noch einmal zusammen fassen: Wir lehnen diese Gebührenerhöhung ab und stimmen dem Beschluss nicht zu, weil wir der Meinung sind, dass es versäumt wurde, rechtzeitig über alternative Optionen zu diskutieren und nun eine alternativlose Empfehlung vorgelegt bekommen haben, außerdem sehen wir in der geplanten Gebührenerhöhung keinen ausreichenden Anreiz zum Müllreduzieren im Gegenteil, erneut wurde eine Chance verpasst, die unsere digitalisierten Tonnen längst bieten.

Bezüglich der sonstigen Satzungsänderungen haben wir keine Einwendungen.

Vielen Dank,

Amelie Pfeiffer